

Lösungen finden statt Ausreden suchen

foodsharing - eine rasante Erfolgsgeschichte

Seit fünf Jahren rettet die foodsharing-Bewegung täglich tonnenweise gute Lebensmittel vor dem Müll. Wir verteilen sie ehrenamtlich und kostenfrei im Bekanntenkreis, der Nachbarschaft, in Obdachlosenheimen, Schulen, Kindergärten und über die Plattform foodsharing.de. Unsere öffentlich zugänglichen Regale und Kühlschränke, sog. „Fair-Teiler“, stehen allen zur Verfügung. 200.000 Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nutzen regelmäßig die Internetplattform nach dem Motto: „Teile Lebensmittel, anstatt sie wegzwerfen!“. Inzwischen engagieren sich darüber hinaus 32.000 Menschen ehrenamtlich als Foodsaver*innen, indem sie überproduzierte Lebensmittel von Bäckereien, Supermärkten, Kantinen und Großhändlern abholen und verteilen. Das geschieht kontinuierlich über 500 Mal am Tag bei fast 4.000 Kooperationspartnern.

Dabei war uns von Anfang an bewusst, dass wir nur ein Teil eines gesamtgesellschaftlichen Engagements im Kampf gegen den Skandal der Lebensmittelverschwendung sein können. Wir stehen am Ende einer fehlgeleiteten Wertschöpfungskette, in der aus Profitgründen zu viele Lebensmittel produziert und auf den Markt geworfen werden.

Der Skandal und seine Folgen

Lebensmittelverschwendung wird inzwischen als globales Problem begriffen: Bis zum Jahr 2030 sollen die Abfälle und Verluste halbiert werden, wie die Vereinten Nationen in ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung beschlossen haben (SDG 12: Verantwortungsvoller Konsum, Punkt 3). Dies ist zwingend nötig, da mit jedem entsorgten Nahrungsmittel auch enorme Mengen Ressourcen und Arbeitszeit vergeudet und Böden und Klima in hohem Maße zusätzlich belastet werden. Die Verschwendung Deutschlands verschlingt beispielsweise Anbauflächen auf der Welt, die größer als Mecklenburg-Vorpommern sind. Das Wegwerfen bei uns führt neben den Transport- und Lagerverlusten in den Ländern des globalen Südens auch zu mehr Hunger und Armut dort.

Die Gründer der foodsharing-Bewegung haben mit Buch und Film als Erste auf den Skandal der Lebensmittelverschwendung in Deutschland aufmerksam gemacht und dringendes Handeln angemahnt. **Nun ziehen wir eine Bilanz der letzten fünf Jahre und entwickeln Einschätzungen und Forderungen, damit die Lebensmittelverluste in den nächsten zwölf Jahren realistisch halbiert werden und unsere gemeinnützige Arbeit weiter fortgesetzt werden kann.**

Die Regierung hat in den letzten Jahren das Thema Lebensmittelverschwendung verschlafen. Unserer Meinung nach ist es nun am wichtigsten, den angekündigten nationalen Aktionsplan endlich fertig zu stellen und umzusetzen. Dafür ist eine Transparenz- und Dokumentationspflicht in der Landwirtschaft, der verarbeitenden Industrie, dem Transportwesen, beim Handel und in der Gastronomie nötig. Dies wird zugunsten wenig wirkungsvoller Selbstverpflichtungen bislang nicht angegangen. Auch die Überarbeitung und Erweiterung der Haltbarkeits- und Verbrauchsdaten steht nach wie vor aus.

Fünf Forderungen

1. Nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung!

Die Regierung, insbesondere das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unter Minister Schmidt (CSU), drückt sich unserer Meinung nach um ein entschlossenes Handeln und eine nachhaltige Lösung der Lebensmittelverschwendung. Dazu werden nach wie vor irreführende Zahlen genutzt, die die Verschwendung jenseits der Privathaushalte bagatellisieren sollen. Ohne ernsthafte Reformen über die gesamte Wertschöpfungskette sowie mess- und abrechenbare Zwischenziele werden wir die Halbierung der Lebensmittelverluste bis 2030 nicht erreichen.

Deswegen appellieren wir an das BMEL, schönen Worten endlich Taten folgen zu lassen: Um die Lebensmittelverluste wirksam bis 2030 zu halbieren, **fordern wir eine transparente und messbare nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung**. Alle relevanten Akteure müssen bei der Entwicklung und Umsetzung eingebunden werden.

2. Transparenz und Dokumentation in der Lieferkette schaffen!

Noch vor fünf Jahren war die Datenlage prekär – dies ist inzwischen dank vieler wissenschaftlicher Studien verbessert worden. Trotzdem sind einige Bereiche wie Landwirtschaft, Industrie, Handel und Schnittstellen der Wertschöpfungskette nach wie vor von großer Unsicherheit und groben Schätzungen geprägt. Wir erhoffen uns verwertbare Ergebnisse u.a. durch aktuelle europäische Forschungsinitiativen wie ReFoWas (2018) und REFRESH. Bis 2019 sollte endlich die Datenlage so vollständig sein, dass keine weiteren Ersterhebungen nötig sind und ein Monitoring beginnen kann.

Licht ins Dunkel bringen!

Wir fordern eine klare Definition sowie eine separate **Erfassungs- und Dokumentationspflicht** von aussortierten Lebensmitteln auf Bundesebene, ergänzend zu der neuen Gewerbeabfallverordnung (seit August 2017). Alle Verluste und Ausschüsse entlang der gesamten Wertschöpfungskette, vom Acker über die Ernte, in der Produktion, der Weiterverarbeitung, dem Transport und im Handel von Lebensmitteln müssen **verbindlich** erhoben werden. Diese Daten sollten regelmäßig **transparent** der Forschung und dem Monitoring zur Verfügung stehen.

3. Klare Ziele definieren – Vernichtung verbieten!

Tatsächlich ist die Vernichtung, Verfütterung oder energetische Verwertung überproduzierter Lebensmittel für die Wirtschaft profitabler, als sie für den menschlichen Verzehr zu spenden, auch wenn es oftmals anders dargestellt wird. Diese absurde Situation muss umgedreht werden. Wegwerfen darf sich nicht mehr lohnen! Ohne Zielmarken ist nicht messbar, ob wir bis 2030 die Halbierung der Lebensmittelverluste erreichen. Die Regierung drückte sich bis jetzt um solche Zahlen, um ihr Versagen zu verschleiern.

Schluss mit der Symbolpolitik! **Wir fordern das BMEL auf, branchenspezifische, verbindliche Zielmarken zur Reduzierung des Lebensmittelabfalls** für die landwirtschaftliche Produktion, den Groß- und Einzelhandel, die Gastronomie und die verarbeitende Lebensmittelindustrie festzulegen.

Diese Zielmarken müssen jährlich überprüft und angepasst werden. **Überschreitungen müssen mit Strafzahlungen** sanktioniert werden.

Darüber hinaus kommt dem Lebensmitteleinzelhandel in der Lieferkette eine ganz besondere Regel- und Scharnierfunktion zu und er ist selbst für einen erheblichen Teil der vermeidbaren Wegwürfe verantwortlich. Er bestimmt, was und wieviel angebaut und produziert wird und wie dafür beim Verbraucher geworben wird. In Deutschland hat der Lebensmitteleinzelhandel eine enorme Macht, da fünf Konzerne über 90 Prozent des Marktes dominieren.

Wir fordern einen Wegwerfstopp für Supermärkte! Das BMEL und der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sollen **ein Gesetz ausarbeiten, welches dem Lebensmittelhandel untersagt, genießbare aber unverkaufte Ware einfach zu entsorgen.** Stattdessen müssen sie zuerst verpflichtet werden, gute Lebensmittel unentgeltlich an soziale Organisationen wie foodsharing und die Tafeln abzugeben.

Wir fordern den Lebensmitteleinzelhandel auf, verstärkt kleine **Verpackungsgrößen** anzubieten, anstelle von Massengebinden. Der **verpackungslose Einzelkauf von Obst und Gemüse** und deren Abwiegen muss zur gängigen Praxis werden. Dadurch können Verbraucher*innen bedarfsgerechter einkaufen.

4. Rechtssicherheit für Lebensmittelretter*innen Ehrenamtliches Engagement stärken!

Foodsharing ist in den letzten fünf Jahren auf über 32.000 ehrenamtliche Foodsaver*innen und 600 ehrenamtliche Koordinator*innen angewachsen. Bewusst arbeiten wir weitestgehend ohne Geld und mit minimalen Organisationsstrukturen. Insbesondere in den letzten zwei Jahren wird dieses – mit mehreren Preisen ausgezeichnete bürgerschaftliche Engagement – angegriffen und in Frage gestellt: Diverse Ämter und Behörden wollen foodsharing und unsere Fair-Teiler wie gewerbliche Lebensmittelunternehmen behandeln. Das setzt uns einem deutlich

höheren persönlichen Haftungsrisiko aus und legt Verpflichtungen auf, die ehrenamtlich auf keinen Fall umsetzbar sind. Dazu gehören die Rückverfolgbarkeit, also die Dokumentation woher Lebensmittel in welcher Menge wann geliefert wurden, und verschärfte Hygienebestimmungen. Auch die neuen EU-Leitlinien für Lebensmittelspenden von Oktober 2017 schaffen hier keine Erleichterung.

Diese rechtlichen Unklarheiten sind eine Existenzbedrohung für foodsharing und alle Lebensmittelretter*innen. Wir stehen vor der gesellschaftlichen und politischen Frage, ob ehrenamtliches Engagement für das Nachhaltigkeitsziel SDG 12.3 gefördert oder verhindert werden soll. Deswegen brauchen wir Ämter und Behörden, die anerkennend und hilfsbereit agieren. Wir brauchen eine Regierung, die bundesweite Sonderregelungen zur Sicherheit der Lebensmittelretter*innen schafft. Und eine Regierung, die sich auf EU-Ebene für klare Gesetze stark macht! Konkret heißt dies:

Wir fordern Rechtssicherheit und Klarstellungen für alle Tätigkeiten der Foodsaver*innen und Foodsharer*innen:

foodsharing darf nicht wie ein normales **Lebensmittelunternehmen behandelt werden**. Wir geben gerettete Lebensmittel **unentgeltlich, ehrenamtlich und gemeinnützig und von privat zu privat** weiter. Auf uns sollte daher das **Schenkungsrecht** zutreffen, also eine Haftung nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz, und nicht das gewerbliche Lebensmittelrecht. Die Bundesregierung muss durch Sonderregelungen das Ehrenamt fördern und sich auf EU-Ebene für eindeutige Gesetze stark machen.

Darüber hinaus soll ein allgemeiner Haftungs- und Rechtsschutzfonds eröffnet werden für alle gemeinnützigen sozialen Einrichtungen, die Lebensmittel vor der Tonne retten, zur Sicherung in rechtlichen Streitfällen. Diesen Fonds zu speisen ist Aufgabe und Pflicht aller gewerblich tätigen Akteure in der Lebensmittelkette. Da auch viele Foodsaver*innen und Foodsharer*innen nicht in Vereinen organisiert sind, **fordern wir eine explizite Einbeziehung der ehrenamtlichen Tätigkeiten von Foodsaver*innen in die kostenfreie Ehrenamts-Haftpflichtversicherung** der Bundesländer.

Zur Entkriminalisierung des „Containerns“ **fordern wir, dass die Rettung genießbarer Lebensmittel aus Mülltonnen nicht länger strafbar ist**. § 242 StGB (Diebstahlparagraph) und § 959 BGB sollen entsprechend geändert/ergänzt werden.

Wir fordern, dass die kostenlose Annahme und kostenlose Weitergabe von geretteten Lebensmitteln grundsätzlich für alle Beteiligten (Spender und Verteiler) einkommens- und umsatzsteuerfrei sein muss. Dafür sollten Ausnahmen im Steuerrecht geschaffen werden, analog zu den umsatzsteuerlichen Sonderregelungen bei mildtätiger Weitergabe von Backwaren.

Wir fordern von den jeweiligen Aufsichtsämtern, dass unsere Fair-Teiler nicht als gewerbliche Lebensmittelunternehmen behandelt werden, sondern als Übergabeorte von privat zu privat. Es müssen vereinfachte **hygienerechtliche Sonder-**

regelungen gelten. Wir haben für die Fair-Teiler verständliche Hygieneregulungen in Zusammenarbeit mit Lebensmittelkontrolleuren entworfen. Hierzu besteht ein **eigener Leitfaden, der von den Aufsichtsbehörden anerkannt werden sollte.**

5. Den Verbraucher sinnvoll informieren!

Das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) auf verpackten Lebensmitteln ist nur ein Garantiedatum der Hersteller: Auch nach Überschreiten muss das Produkt noch gefahrlos verzehrt werden können. Das Verbrauchsdatum hingegen bedeutet eine reale Gesundheitsgefahr bei Ablauf. Obwohl beide Daten etwas völlig anderes bedeuten, sehen sie sich zum Verwechseln ähnlich. Dadurch wird das Mindesthaltbarkeitsdatum von vielen Verbrauchern als „Ablaufdatum“ missverstanden, wodurch einwandfreie Lebensmittel entsorgt werden. Ein bereits angekündigtes, zusätzlich zum MHD aufgedrucktes, Verbrauchsverfallsdatum kann für weitere Klarheit über den tatsächlichen Verbrauchszeitraum sorgen.

Wir fordern:

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das **Mindesthaltbarkeits-(MHD) und Verbrauchsdatum** für Verbraucher*innen klar **verständlich und unterscheidbar** sind. Dafür sind Änderungen der Daten sowie wirksame Informationen der Verbraucher*innen notwendig:

Die Bundesregierung sollte den Herstellern vorschreiben, **Mindesthaltbarkeits- und Verbrauchsdatum grafisch oder farblich voneinander zu trennen**, damit der Unterschied für Verbraucher*innen eindeutig ist.

Das bereits im Sommer 2016 vom BMEL vorgestellte **Verbrauchsverfallsdatum muss endlich eingeführt werden**, damit klar wird, bis wann die Produkte ohne Gesundheitsbedenken verzehrt werden können.

Bei lange haltbaren Waren wie Nudeln oder Salz **sollte ganz auf das MHD verzichtet werden.**

Ausblick

Mit diesem Forderungspapier möchten wir einen Beitrag leisten, damit Lebensmittelverschwendung in Deutschland vermieden werden kann. Die Lösung kann jedoch nicht nur eine Vermeidungsstrategie sein – sondern braucht alternative Produktionsweisen, die von vornherein auf Klasse statt Masse setzen. Denn eine Realität wird häufig verschwiegen: Wenn wir die Lebensmittelverluste bis 2030 halbieren wollen, muss die Überproduktion von Nahrungsmitteln für Deutschland deutlich sinken. Das ist kein Verlust, sondern ein Gewinn, da somit planetare Ressourcen gespart werden - auch finanziell in Unternehmen.

Damit dieser Wandel gelingt und die Wertschätzung von Lebensmitteln gefördert wird, halten wir eine saisonale und regionale Produktion und Vermarktung für entscheidend. Dies sollte direkt von den Bauern über neue, kreative Formen der Verteilung wie die Solidarische Landwirtschaft, Food-Kooperativen oder Foodassemblies geschehen. Diese Initiativen gilt es besonders zu fördern und zu unterstützen. Aber auch Supermärkte können einen Beitrag leisten: Beispielsweise durch den Verkauf bislang ausgesonderten Gemüses und Obstes, den wir sehr begrüßen.

Lebensmittelverschwendung kann nur wirksam reduziert werden, wenn alle Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Dafür müssen Unternehmen Verantwortung übernehmen, die Politik endlich ihre Versprechen erfüllen und die Verbraucher*innen wieder lernen, Lebensmittel wertzuschätzen. Eine nachhaltige Veränderung unserer Konsumgewohnheiten ist dabei unabdingbar.



Impressum

Herausgeber
foodsharing e.V.
foodsharing.de
Marsiliusstraße 36
50937 Köln

Autoren
Stefan Kreutzberger
Manuel Wiemann
Jörg Schwerdtfeger

Kontakt
info@foodsharing.de
foodsharing.de/team

12. Dezember 2017